



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Haupt

Telefon: (0221) 0221/221-29580

Fax: (0221) 0221/221-29166

E-Mail: Simone.Haupt@STADT-KOELN.DE

Datum: 09.07.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 22.01.2018, 15:00 Uhr bis 17:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	TSD
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Mehmet Akif Ayata	MeMana
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Herr Ahmad El Masri	BIG
Herr Lilli Licco	LiL
Herr Eugen Litvinov	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Turan Özküçük	TSD
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP

Er informiert darüber, dass der in der letzten Sitzung verabschiedete Antrag hinsichtlich des Zentralen Migrationsmuseums in der nächsten Ratssitzung am 06.02.2018 behandelt werde.

Weiter kündigt er folgende Veranstaltungen an:

- am 12.03.2018 ab 16.00 h „Mehrsprachigkeit im Gespräch“ im Wallraf-Richartz-Museum,
 - am 24.01.2018 10-jähriges Bestehen des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration,
 - am 14.04.2018 um 18.00 h Veranstaltung zum NSU-Denkmal in der Keupstr.
- Sodann verliest der Vorsitzende Herr Keltok die Tagesordnungspunkte, die nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen wurden:

TOP 4.1 - Anfrage zur Einführung der elektronischen Akte – *als Tischvorlage*

TOP 5.9 - Mitteilung zu Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in 2017 – *als Tischvorlage*

TOP 5.10 – Mitteilung der VHS Köln: Integrationskursträger für weitere fünf Jahre – *als Tischvorlage*

TOP 5.11 – Mitteilung zur Umsetzung der Mindeststandards zu „Standortübergreifende Unterstützung der Ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit“ – *als Tischvorlage*

TOP 5.12 - Mitteilung Erfahrungsbericht zum Projekt „Pädagogische Begleitung und Integrationshilfen für Roma-Familien“ - *als Tischvorlage*

Unter TOP 6.1 - Änderungsantrag zum Antrag zur Überarbeitung der Geschäftsordnung - *als Tischvorlage*

TOP 8.5 - Beschlussvorlage zur Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018

RM Herr Joisten teilt mit, dass die SPD den TOP 8.2 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verweisen möchte.

RM Herr Erkelenz möchte diese Vorgehensweise auch für TOP 8.3 vorschlagen.

IRM Herr Vallecoccia möchte den Antrag zu TOP 6.2 zurückziehen, da das Thema im Jugendhilfeausschuss behandelt wurde.

IRM Herr Özküçük macht nochmals darauf aufmerksam, dass bei dem Vorgehen „ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verschieben“ die direkt gewählten Mitglieder keine Gelegenheit mehr haben, über die Vorlage abzustimmen. Er schlägt vor, dass eine Abstimmung stattfindet und sich die jeweiligen Fraktionen bei Bedarf enthalten.

RM Frau Heuser stimmt diesem Vorschlag zu.

Sodann lässt er über die geänderte Tagesordnung als Ganzes abstimmen. Diese wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung des Papiers „Eckpunkte zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen“
3585/2017

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Beantwortung einer mdl. Nachfrage aus einer früheren Sitzung - Ergänzung der Übersicht drittmittelgeförderte Projekte
3548/2017
 - 3.2 Beantwortung der mündlichen Anfragen aus dem Integrationsrat vom 11.09.2017 zur Vorlage 4357 / 2016 "Ressourcen für KITAS im Bereich mehrsprachige Förderung" 2606/2017
3483/2017
 - 3.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau Tokyürek aus der Sitzung des Integrationsrates vom 11.09.2017 bezüglich 5.12 Überprüfung von Kosteneinsparungen in Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten 1958/2017
3720/2017
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 4.1 Anfrage zur Einführung der elektronischen Akte beim Jobcenter Köln
AN/0098/2018
- 5 Mitteilungen**
 - 5.1 Darstellung der Sparten
hier: Szenebericht Filmkultur
3623/2017
 - 5.2 18. Bericht zur Flüchtlingssituation
3874/2017
 - 5.3 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"
3923/2017
 - 5.4 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Gruppen in Kindertageseinrichtungen in Köln
3782/2017
 - 5.5 Beantwortung der Ausschussanfrage AN/1818/2017, Fraktion Die Linke vom 30.11.2017 im AVR
3864/2017

- 5.6 Bezuschussung von Interkulturellen Kunstprojekten für das 1. Halbjahr 2018
3928/2017
- 5.7 Weiterentwicklung und Fortschreibung des Kölner Gesundheitswegweisers
0041/2018
- 5.8 Soziale Beratung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen
0083/2018
- 5.9 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2017 in der Stadt Köln
0074/2018
- 5.10 VHS Köln: Integrationskursträger für weitere fünf Jahre
0096/2018
- 5.11 Umsetzung der Mindeststandards zu „Standortübergreifende Unterstützung der Ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit“
0179/2018
- 5.12 Erfahrungsbericht zum Projekt „Pädagogische Begleitung und Integrationshilfen für Roma-Familien“ (2010-2016)
0045/2018

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 6.1 Antrag zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Integrationsrates Köln
AN/0037/2018

Änderungsantrag zum Antrag zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Integrationsrates Köln AN/0037/2018
AN/0104/2018
- 6.2 Antrag zur mehrsprachigen Förderung in Kölner Kitas
AN/1692/2017
- 6.3 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution „Toleranz und gegenseitige Achtung sind für alle“
AN/1694/2017
- 6.4 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution „Diskriminierung, Rassismus, Radikalismus und ...“
AN/1695/2017

7 **Berichte**

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 **Beschlussvorlagen**

8.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum, hier: Soziales und Kulturelles Zentrum Rhein-Peri-Kreis e.V., Modemann Str. 3, 51065 Köln
3106/2017

8.2 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete
2465/2016/1

8.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg
Planungsbeschluss
2848/2017

8.4 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe "Verpflichtung zu Integrationskursen"
3262/2017

8.5 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018
0081/2018

9 **Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

10 **Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung des Papiers „Eckpunkte zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen“ 3585/2017

Der Vorsitzende Herr Keltek entschuldigt Herrn Prof. Dr. Becker-Mrotzek. Seine Tochter habe einen Unfall gehabt und er habe darum gebeten, den Vortrag auf die nächste Sitzung zu verschieben.

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3.1 Beantwortung einer mdl. Nachfrage aus einer früheren Sitzung - Ergänzung der Übersicht drittmittelgeförderte Projekte
3548/2017**

RM Herr Joisten bedankt sich für die zusammenfassende Beantwortung und bittet um kurze Erläuterung, welche Projekte in dieser Übersicht zusammengefasst wurden.

RM Frau Hoyer bedankt sich ebenfalls und bittet um Weitergabe der Übersicht an den Sozialausschuss.

IRM Herr Vallecoccia teilt mit, dass seines Erachtens das Projekt „Kausa Servicestelle Köln“, welches sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund und seit 2016 auch an Flüchtlinge richte und zur Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung dieser Zielgruppen beitragen solle, in der Übersicht fehle.

IRM Frau Tokyürek erkundigt sich, ob schon Informationen dazu vorlägen, dass die Projekte aus Anlage 2, deren Verlängerung in Planung sei, tatsächlich verlängert würden.

Die Verwaltung Frau Rehberg erklärt, dass in die Übersicht nur diejenigen Projekte aufgenommen wurden, bei denen die Stadt Köln die direkte Federführung übernommen habe, d. h. bei denen städtische Mitarbeiter*innen mit der Projektleitung betraut seien und die Fördergelder an die Projektträger weitergegeben würden. Weitere Kriterien seien, dass die Projekte eine Laufzeit von mindestens einem Jahr hätten und es sich um eine Fördersumme von mindestens 50.000 € handeln müsse.

Beim Projekt „Kausa“ obliege der Stadt Köln nicht die Federführung, so dass dieses unberücksichtigt geblieben sei. Da es innerhalb kürzerer Zeit nicht möglich sei, eine Aufstellung aller Projekte, an denen die Stadt Köln beteiligt sei, zu erstellen, habe man bestimmte Kriterien festlegen müssen.

Die Frage nach einer möglichen Verlängerung der benannten Projekte der Ämter für Stadtentwicklung und Statistik und für Weiterbildung möchte Frau Rehberg gerne an die Fachämter weitergeben, da ihr diese Informationen nicht vorlägen.

Der Vorsitzende Herr Keltek bedankt sich für diese mündliche Beantwortung der Rückfragen.

IRM Herr Joisten bedankt sich ebenfalls und schlägt vor, dass neue Projekte, über die zukünftig beraten werde, in eine Liste eingefügt werden sollten, damit sich langfristig eine Datenbank aufbaue, die einen immer besseren Überblick gewährleisten würde. Dies wäre mit einem geringen Arbeitsaufwand verbunden.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau antwortet, dass bei weitem nicht alle Projekte, die zu erfassen wären, über das Dezernat Soziales liefen, so dass eine Erfassung nicht lückenlos möglich sei. Das einzige Amt, welches Kenntnis von allen Projekten erlange, sei die Kämmerei. Er könne jedoch nicht ohne Absprache eine Zusage geben, dass diese Aufgabe von Seiten der Kämmerei übernommen werden könne. Er mache jedoch die Zusage, dass nach einem Weg gesucht werde, ob und wie diese Datenbank über zukünftige Projekte erstellt werden könne.

Die Beantwortung wird darüber hinaus zur Kenntnis genommen.

3.2 Beantwortung der mündlichen Anfragen aus dem Integrationsrat vom 11.09.2017 zur Vorlage 4357 / 2016 "Ressourcen für Kitas im Bereich mehrsprachige Förderung" 2606/2017 3483/2017

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau Tokyürek aus der Sitzung des Integrationsrates vom 11.09.2017 bezüglich 5.12 Überprüfung von Kosteneinsparungen in Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten 1958/2017 3720/2017

IRM Frau Tokyürek erkundigt sich nach dem Verlauf des Projekts „klarkommen“ und bittet um Information im Integrationsrat.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

4.1 Anfrage zur Einführung der elektronischen Akte beim Jobcenter Köln AN/0098/2018

Zu dieser Anfrage liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

RM Frau Hoyer schlägt vor, dass zukünftig Anfragen, die nicht unmittelbar den Integrationsrat betreffen, in den entsprechenden Ausschüssen gestellt werden, um die Geschäftsführung zu entlasten. Der vorliegende Antrag gehöre ihrer Ansicht nach thematisch in den Sozialausschuss.

Der Vorsitzende Herr Keltek begrüßt diesen Vorschlag.

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

5 Mitteilungen

5.1 Darstellung der Sparten hier: Szenebericht Filmkultur 3623/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 18. Bericht zur Flüchtlingssituation 3874/2017

IRM Herr Abeke stellt fest, dass auf die in der letzten Sitzung besprochenen Aspekte hinsichtlich 1. abgeschlossener Wohneinheiten, 2. unterzubringende Personengruppen und 3. geeigneter vorhandener Infrastruktur nicht eingegangen wurde. Er bittet um entsprechende Ergänzung des Berichts zur Flüchtlingssituation.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau antwortet, dass die Verwaltung angehalten worden sei, die Zwischenbericht kurz zu halten und nur der Jahresbericht entsprechend umfangreicher zu gestalten sei. Dem Jahresbericht seien die vorgenannten Aspekte zu entnehmen.

RM Herr Joisten bedankt sich für die kontinuierliche Berichterstattung und nimmt Bezug auf die 3.088 in Planung befindlichen Plätze. Er hält eine Betrachtung auch hinsichtlich des aktuellen Bedarfs für sinnvoll. Gleichzeitig richtet er seine Bitte nach einer Übersicht über die Belegung in den jeweiligen Stadtteilen durch welche Unterkunftsformen (vor allem hinsichtlich ihrer Größe) an die Verwaltung. Bzgl. des Auszugsmanagements schließt er sich Herrn Pröhl an und schlägt vor, dass das Auszugsmanagement in einer der nächsten Sitzungen seine Arbeit vorstellt.

RM Frau Heuser nimmt Bezug auf die beschriebenen 209 Fälle, in denen eine aufenthaltsrechtliche Entscheidung unter Fertigung einer Rückkehr-Entscheidung mit Androhung der Abschiebung getroffen wurde und fragt Herrn Dr. Becker, inwieweit Köln Abschiebungen vorbereite, wenngleich sie auch nicht von Köln aus durchgeführt würden.

Die Verwaltung Herr Dr. Becker stellt klar, dass aktuell niemand nach Afghanistan abgeschoben werde. Abschiebungen fänden darüber hinaus statt. Der Ablauf einer entsprechenden Asyl-Entscheidung sei wie folgt: Zunächst erfolge die ablehnende Entscheidung durch das Bundesamt, welche gleichzeitig eine Ausreiseverpflichtung sowie eine Abschiebeandrohung enthalte.

Danach gehe die Zuständigkeit auf die Ausländerbehörde über, dort werde geprüft, ob es Bleiberechte oder sonstige Gründe gebe, die einer Abschiebung entgegenstünden. Diese Gründe führten dann zu einer Aussetzung der Abschiebung, also zu einer Duldung.

Die mitgeteilten Abschiebe-Zahlen seien gegenüber dem Jahr 2016 erhöht. Dies beruhe auf abschiebeerleichternden Maßnahmen betreffend den West-Balkan-Bereich.

IRM Herr Bayrakcioglu erkundigt sich, wie man Kindesmissbrauch in Flüchtlings-Unterkünften verhindern könne.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau wird die Bitte nach weiterer Konkretisierung der Daten im Bericht an die Fachabteilung weiterleiten.

Bzgl. des Schutzes von Minderjährigen vor Missbrauch habe er mehrere Projekte in Auftrag gegeben. Eines sei beispielsweise das Projekt „Demokratie lernen“, welches

den Bewohner*innen der Unterkünfte das Gewaltenteilungsprinzip sowie unser Demokratieverständnis näher bringe. Ein weiteres Projekt solle das Betreuungspersonal in den Unterkünften schulen, Auffälligkeiten im Bereich Nähe/Distanzwahrung zu erkennen und entsprechend darauf zu reagieren.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.3 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW" 3923/2017

RM Herr Yurtsever erkundigt sich, ob die Migrantenselbstorganisationen auch in den Teilnehmerkreis der Lenkungsgruppe einbezogen würden.

Weiter möchte er wissen, ob zu dem geplanten nächsten Treffen mit den sozialpolitischen Sprechern auch die migrationspolitischen Sprecher eingeplant seien.

Herr Prölß fragt, ob hinsichtlich des „Personal Books“ (ein Ordner mit Basisdaten der Geflüchteten zur Verwendung bei behördlichen Terminen) bei der Weitergabe an Ehrenamtliche auf Datenschutz bzgl. der personenbezogenen Daten wie Aufenthaltsstatus, Gesundheit etc. geachtet werde und ob die Geflüchteten Belehrungen über den Umgang mit dem Personal Book erhielten.

IRM Frau Tokyürek bittet um Erläuterung des Angebotes des Videodolmetschens in Abgrenzung zu Sprachmittlern.

Die Verwaltung Herr Oster antwortet, dass das Angebot des Videodolmetschens ergänzenden Charakter habe und Sprachmittler nicht ersetzen solle. Es sei z. B. geeignet für kurze Vorsprachen wie Schalterkontakte etc.

Zum Personal Book erläutert er, dass der Geflüchtete selbst bestimmen könne, welche Unterlagen in das Personal Book eingeklebt würden und welche Daten an wen weitergegeben würden. Hierüber erfolge bei Ausgabe auch eine entsprechende Belehrung. Die Stadt erfasse lediglich bestimmte Stammdaten zur Zuordnung der Person. Über diese Daten hinaus sei die Herausgabe aller weiteren Daten freiwillig.

Mit einigen Migrantenselbstorganisationen wie dem Deutsch-Syrischen Kulturverein, MigrAfrica und agisra sei ein Termin zum fachpolitischen Austausch für Februar 2018 vereinbart worden, in dem die bisherigen Ergebnisse vorgestellt würden und die weitere Zusammenarbeit erörtert werden solle. Die Einladung habe sich an den Integrationsrat sowie an die Fraktionen gerichtet, die die sozialpolitischen oder auch die migrationspolitischen Sprecher entsenden könnten.

RM Frau Hoyer merkt an, dass die Unterscheidung zwischen der Herausgabe verpflichtender und freiwilliger persönlicher Daten beim Personal Book nicht deutlich genug werde.

IRM Frau Tokyürek fragt, wie genau die Zentralisierung der Verpflichtung von Integrationskursen beim Amt für öffentliche Ordnung geregelt sei.

Die Verwaltung Herr Oster teilt mit, dass beim Videodolmetsch-Angebot keine Aufnahme o. ä. erfolge. Das Video-Dolmetschen sei lediglich eine zusätzliche Dienstleistung im Übersetzungsbereich via Tablet.

Bzgl. des Personal Book betont Herr Oster nochmals die Freiwilligkeit der Nutzung. Er sagt nochmals eine deutliche Belehrung der Geflüchteten insbesondere über diesen Aspekt zu.

Bzgl. der Zentralisierung der Verpflichtung von Integrationskursen seien drei Behörden berechtigt, diese Verpflichtung auszusprechen: das Ausländeramt, das Sozialamt

und das Jobcenter. Die in Rede stehende Aufgabe werde im Amt für öffentliche Ordnung mit hoher Qualität wahrgenommen. Das Amt übernehme die Aufgabe im Rahmen einer Leistungsvereinbarung mit dem Jobcenter.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.4 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Gruppen in Kindertageseinrichtungen in Köln 3782/2017

IRM Herr Vallecoccia bittet nochmals alle Mitglieder des Gremiums, auch in anderen Ausschüssen darauf zu achten, dass Vorlagen, die den Integrationsrat betreffen, diesem auch vorgelegt werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 Beantwortung der Ausschussanfrage AN/1818/2017, Fraktion Die Linke vom 30.11.2017 im AVR 3864/2017

IRM Herr Edis nimmt in diesem Zusammenhang nochmals Bezug auf den in der Sitzung vom 23.01.2017 gestellten Antrag zur Erstellung eines Handlungskonzeptes zur Erhöhung der Bewerbungs- und Einstellungszahlen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (AN/2161/2016) und erkundigt sich nach dem Sachstand des Antrags.

Er teilt mit, dass die Kommunikation, dass die Stadt Köln verstärkt nach Personal mit Migrationsgeschichte suche, nicht bei der Zielgruppe ankomme. Diesbezüglich müsse die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden. Innerhalb des Antrags seien verschiedene positive Beispiele der Städte Bonn, Berlin oder auch Hamburg genannt worden.

Hinsichtlich der Erhebung der Zahlen, wie viele Mitarbeiter*innen mit Migrationsgeschichte bei der Stadt Köln beschäftigt seien, werde zum einen geantwortet, dass eine Erhebung aufgrund von rechtlichen Hürden nicht möglich sei. Andererseits würden in bestimmten Zusammenhängen dennoch Prozentwerte genannt. Dies sei widersprüchlich.

Politik habe den klaren Auftrag, den Status quo zu verbessern. Ohne valide Zahlen könne jedoch nicht nachgemessen werden, wie erfolgreich die jeweiligen Maßnahmen seien.

Dies führe auch dazu, dass nicht beantwortet werden könne, in welchen Bereichen die Menschen mit Migrationsgeschichte arbeiteten. Im Rahmen der anvisierten interkulturellen Öffnung würde er sich über eine Aufschlüsselung nach mittlerem, gehobenem und höherem nicht-technischen und technischem Dienst freuen.

Ein guter Weg, Bewerber*innen nicht aufgrund ihrer Herkunft zu diskriminieren, seien anonymisierte Bewerbungsverfahren.

Die Verwaltung Herr Sturm nimmt Bezug auf die Beantwortung und teilt mit, dass unter Frage 1 alle relevanten Maßnahmen benannt wurden wie z. B. die Initiative „Chance+“, um den Anteil von Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Zur Frage der Validität von Daten sei zunächst die Frage zu beantworten, welche Daten erfasst werden dürften. Zum Zeitpunkt der Einstellung dürfe die Frage nach der Herkunft nach dem allgemeinen Gleichstellungsgesetz nicht gestellt werden, da andernfalls das Tatbestandsmerkmal der Diskriminierung erfüllt wäre. Diese Daten dürf-

ten nur erfasst werden, wenn die Herkunft unmittelbaren Bezug zur Aufgabe hätte. Dies sei regelmäßig bei Aufgaben innerhalb der Verwaltung nicht. Hingegen dürfe nach der Nationalität gefragt werden, da die Nationalität entscheidend dafür sei, ob ein/e Bewerber/in im Beamtenstatus eingestellt werden oder ob mit ihm/ihr ein Arbeitsverhältnis begründet werden dürfe. Diese Daten fänden sich auch z. B. im Personalbericht wieder. Dennoch könne auch trotz deutscher Staatsbürgerschaft ein Migrationshintergrund vorliegen.

Auf freiwilliger Basis sei vor einigen Jahren eine Mitarbeiterumfrage nach der jeweiligen Herkunft durchgeführt worden. Die Antwortquote lag lediglich bei ca. 30 %. Somit ergab sich auch hieraus kein vollständiges Bild über die Herkunft der Mitarbeiter*innen.

RM Herr Joisten stimmt dem Vorhaben, den Anteil an Mitarbeiter*innen in der Verwaltung entsprechend dem Spiegelbild der Gesellschaft zu erhöhen, zu, wirft aber die Frage auf, ob es sinnvoll sei, sich nur auf vorliegende Zahlen bzw. Merkmale offensichtlich vorliegenden Migrationshintergrundes zu konzentrieren. Die Schwierigkeiten bei der Erhebung der Daten aufgrund rechtlicher Hürden und faktischer Gegebenheiten seien unabänderlich. Vielmehr sei seiner Ansicht nach ein Perspektivwechsel gefordert, wonach der Fokus weniger auf einem offensichtlichen Migrationshintergrund liegen sollte, sondern eher auf interkulturelle Kompetenzen wie z. B. Sprachenvielfalt, die auch Mitarbeiter*innen aus dem europäischen Ausland mitbrächten, die rein formal auch einen Migrationshintergrund hätten. Sprachenvielfalt als interkulturelle Kompetenz sei darüber hinaus messbar. Auch helfe diese Perspektive dabei, das Leistungsspektrum der Verwaltung zu verbessern.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau informiert darüber, dass es demnächst für alle Dezernate ein mehrstündiger Workshop zum Thema Diversity angeboten werde. Im Dezernat V sei weiter probeweise das anonymisierte Bewerbungsverfahren beschlossen worden. Herr Dr. Rau bietet an, zu gegebener Zeit über die bis dahin vorliegenden Erfahrungen mit diesem Verfahren zu berichten.

IRM Herr Edis bedankt sich für diesen Vorschlag und sieht den Ergebnissen gerne entgegen.

Auf den Beitrag von Herrn Joisten antwortet er, dass Personen mit ausländisch klingendem Namen und/oder Aussehen in Bewerbungsverfahren häufig Benachteiligungen ausgesetzt seien. Dies belegten auch Studien. Deshalb müssten wirksame Instrumente eingesetzt werden, um diese Benachteiligungen zukünftig zu vermeiden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.6 Bezuschussung von Interkulturellen Kunstprojekten für das 1. Halbjahr 2018 3928/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.7 Weiterentwicklung und Fortschreibung des Kölner Gesundheitswegweisers 0041/2018

IRM Frau Maleki teilt mit, dass beabsichtigt sei, Frau Dr. Bunte als Leiterin des Gesundheitsamtes zur nächsten Sitzung des Arbeitskreises einzuladen, damit Fragen zum Kölner Gesundheitswegweiser beantwortet werden könnten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 Soziale Beratung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen
0083/2018**

Herr Pröiß teilt mit, dass das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration zugesagt habe, die fehlenden Mittel aus anderen Haushaltsstellen zu entnehmen, da der Haushaltsansatz zu gering sei, um den Bedarf zu decken und bedankt sich für die Mitwirkung bei der Verwaltung, Herrn Dr. Rau sowie beim Ausschuss für Soziales und Senioren.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2017 in der Stadt Köln
0074/2018**

IRM Herr Litvinov erkundigt sich, ob das Ausländeramt oder das Jugendamt Schritte übernehme, um den Verbleib der vermissten Jugendlichen zu klären.

RM Herr Yurtsever möchte wissen, wie das Verfahren der Alterseinschätzung in Köln durchgeführt werde.

Die Verwaltung Herr Dr. Becker antwortet, dass, wenn die Jugendlichen nicht mehr an dem Wohnort, an dem sie zuletzt gemeldet wurden, angetroffen würden, dies entsprechend vermerkt werde. Sie würden sodann zur Fahndung ausgeschrieben, da sie gegen melderechtliche Vorschriften verstießen. Dies entspreche dem üblichen Verfahren in den beschriebenen Fällen.

Bzgl. der Altersfeststellung teilt er mit, dass die Einschätzung aufgrund von vorliegenden Dokumenten vorgenommen werde. Es würden keine körperlichen Untersuchungen durchgeführt.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.10 VHS Köln: Integrationskursträger für weitere fünf Jahre
0096/2018**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.11 Umsetzung der Mindeststandards zu „Standortübergreifende Unterstützung der Ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit“
0179/2018**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.12 Erfahrungsbericht zum Projekt „Pädagogische Begleitung und Integrationshilfen für Roma-Familien“ (2010-2016)
0045/2018**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

6.1 Antrag zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Integrationsrates Köln AN/0037/2018

Die Verwaltung wird unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse eine Beschlussvorlage fertigen.

Änderungsantrag zum Antrag zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Integrationsrates Köln AN/0037/2018 AN/0104/2018

Der Vorsitzende Herr Keltek teilt mit, dass die Angelegenheit nebst geplanter Änderung des Präambel-Textes zur rechtlichen Überprüfung dem Oberbürgermeisterbüro vorgelegt wurde.

IRM Herr Edis stimmt den vom Büro der Oberbürgermeisterin gemachten Vorschläge zu den §§ 7 und 27 zu.

IRM Herr Özküçük merkt an, dass bzgl. § 10 geklärt werden solle, ob die Formulierung „Teilnehmer*innen mit beratender Stimme“ im Sinne des nordrhein-westfälischen Innenministeriums gewählt wurde.

Er schlägt vor, die Anzahl der Wohlfahrtsverbände zu reduzieren. Vertreter*innen derjenigen, die namentlich aufgeführt würden, würden zum Teil nur sehr unregelmäßig an den Sitzungen des Integrationsrates teilnehmen.

Nach eingehender Diskussion einigt sich das Gremium darauf, die Anzahl nicht zu reduzieren und den Wohlfahrtsverbänden die Möglichkeit weiterhin offen zu lassen, an den Sitzungen teilzunehmen.

IRM Herr Bayrakcioglu bedankt sich für die beabsichtigte Ergänzung des Präambel-Textes und erklärt sein Einverständnis, die Anträge unter TOP 6.3 und 6.4 vor diesem Hintergrund für erledigt zu erklären.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Änderungsantrag mit der Ergänzung des Präambel-Textes abstimmen.

6.2 Antrag zur mehrsprachigen Förderung in Kölner KITAS AN/1692/2017

Der Antragsteller zieht den Antrag zurück.

6.3 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution „Toleranz und gegenseitige Achtung sind für alle“ AN/1694/2017

Die Antragsteller ziehen den Antrag zurück.

6.4 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution „Diskriminierung, Rassismus, Radikalismus und ...“ AN/1695/2017

Die Antragsteller ziehen den Antrag zurück.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

IRM Frau Maleki berichtet aus dem Sozialausschuss.

Die Vorlagen „Anerkennung als Interkulturelles Zentrum des Rhein-Peri-Kreises e.V.“ und „Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem Grundstück Brohler Str.“ seien zurückgestellt worden, da im Integrationsrat hierüber noch nicht entschieden worden sei (s. TOP 8.1 + 8.3).

Die Vorlage „Gewährung von Zuwendungen für kulturelle und Integrationsprojekte (Projekte Bürgerhaus Mütze, Kulturbunker und Bürgerzentrum Alte Feuerwache)“ wurde mit einer Enthaltung beschlossen.

Zur Vorlage „Projekt Sprach- und Integrationsmittlerpool für die Stadt Köln“ wurde thematisiert, ob die im Haushalt eingestellten 200.000 € als Budget ausreichend seien. Seitens der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass dem voraussichtlich nicht so sei.

Der Vorsitzende Herr Keltok bedankt sich für den Bericht.

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Es liegt kein Bericht des Landesintegrationsrates vor.

8 Beschlussvorlagen

8.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum, hier: Soziales und Kulturelles Zentrum Rhein-Peri-Kreis e.V., Modemann Str. 3, 51065 Köln 3106/2017

Nach Hinweis von RM Herrn Karaman, dass im Antrag eine Person als Ehrenamtliche erwähnt werde, die jedoch nicht mehr aktiv sei, zieht die Verwaltung die Vorlage erneut zurück, um diesen Sachverhalt zu klären.

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück.

8.2 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete 2465/2016/1

IRM Herr Özküçük spricht sich dafür aus, die Weiterplanung des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße zu beschließen.

IRM Herr Abeke äußert Kritik am alternativen Beschlussvorschlag A und lehnt diesen ab.

RM Herr Joisten gibt zu bedenken, dass das geplante Objekt aufgrund seiner Lage und der Gesamterschließung nicht optimal als Wohngebäude, gerade für Familien, zu nutzen sei. Auch entstehe bei einer evtl. künftig notwendigen Nutzung der vorgehaltenen Reserve des Baumarktes ein größerer Standort mit ca. 600 Personen.

IRM Herr Edis und RM Frau Heuser sprechen sich für den Standort aus, auch wenn er keinesfalls optimal sei.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die **Weiterplanung** für den Umbau des Verwaltungsgebäudes an der **Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln** (ehemaliger Praktiker-Baumarkt) zu einer Unterkunft für Geflüchtete mit maximal 232 Plätzen zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung. Die Weiterplanung erfolgt dabei mit der Maßgabe, dass Nutzungseinheiten mit jeweils eigenen Küchen und Bädern entstehen sollen.

Das investive Gesamtvolumen dieser Ergänzungsplanung (nur Planungsleistung) beläuft sich voraussichtlich auf ca. 530.000 €.

Für diese Weiterplanung beschließt der Rat die nachstehende Finanzierung:

Im **Haushaltsjahr 2017**, Haushaltsplan 2017, **Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum**, werden die mit der Maßnahme verbundenen investiven Bedarfe wie folgt gedeckt:

Teilfinanzplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen:

Hier ist bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime, ein Budget von 70.000.000 € zur Errichtung diverser neuer Unterbringungskapazitäten im Bereich Geflüchtete veranschlagt. Für die Planung zur Herrichtung der Unterkunft können von dort investive Finanzmittel in Höhe von 530.000 € herangezogen werden. Die Mittel werden in entsprechender Höhe im Rahmen einer Sollumbuchung zur Finanzstelle 5620-1004-7-5177, Umbau Friedrich-Naumann-Straße (Verwaltungsgebäude), umgeschichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen – die Ratsfraktionen haben an der Abstimmung nicht teilgenommen

8.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg Planungsbeschluss 2848/2017

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., Gemarkung: Köln-Rondorf, Flur: 51, Flurstücke: 708, 1208, 597 und 1209 aufzunehmen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Fachplaner mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (z.B. Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die Planungskosten belaufen sich voraussichtlich auf rund 235.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 235.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaß-

nahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-2-5153 die notwendigen Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen – die Ratsfraktionen haben an der Abstimmung nicht teilgenommen

**8.4 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe "Verpflichtung zu Integrationskursen"
3262/2017**

IRM Herr Litvinov erkundigt sich, ob die Zusetzung von fünf Stellen erforderlich sei, da nur ein sehr geringer Personen-Anteil die Teilnahme an einem Integrationskurs ablehne. Es gebe darüber hinaus auch Asylbewerber*innen, die Integrationskurse besuchen wollten, aber nicht aus den genannten fünf Ländern kämen.

IRM Herr Edis weist darauf hin, dass sich die Vorlage auf Bundesgesetzgebung beziehe und die Stadt Köln als Kommune keinen Handlungsspielraum habe, auch wenn die Regelungen integrationspolitisch nicht optimal seien. Er werde der Beschlussvorlage aus diesem Grunde zustimmen wollen.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Wahrnehmung der neuen Aufgabe „Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen“ für den Personenkreis der Bezieher/innen von AsylbL mit positiver Bleibeperspektive durch das Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration.
2. Zur Aufgabenwahrnehmung werden im Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration 4,0 Stellen der Wertigkeit BGr. A 8 Laufbahngruppe 1 LBesG NRW bzw. EGr. E 8 TVöD sowie 1,0 Stelle EG 9b TVöD eingerichtet. Da die Stellenbesetzung vor Inkrafttreten des Stellenplans 2019 notwendig ist, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen bei 1 Enthaltung

**8.5 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018
0081/2018**

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2018 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2018 in Höhe von 420.000 € gemäß Anlage 2.

Der im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen veranschlagte Aufwandsbetrag in Höhe von insgesamt 446.000 € setzt sich zusammen aus

- 396.000 € laufende Mittel aus der laufenden Förderung der Interkulturellen Zentren

- zuzüglich 50.000 € aus dem in 2015 eingerichteten „Integrationsbudget“ (VorlageNr. 2288/2015)

und ist in voller Höhe für die Förderung der Interkulturellen Zentren vorgesehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich der derzeit nicht zur Förderung vorgesehenen Mittel in Höhe von 26.000 € eine Beschlussvorlage zur Verwendung dieser Mittel vorzulegen.

Hierbei sollen neben neu anerkannte Zentren, die den Kriterien der Förderrichtlinie in besonderem Maß entsprechen, auch noch nicht abschließend bearbeitete Anträge auf Höherstufung von bisher bereits geförderten Zentren berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

IRM Herr Bayrakcioglu erkundigt sich, welches „kultursensible“ Speiseangebot an den städtischen Kindertagesstätten sowie Schulen (Grundschulen, Gymnasien, Realschulen, Gesamtschulen, Hauptschulen) zur Verfügung stehe.